

Sehr geehrter Herr Jetz,

im Anhang finden Sie die Antworten der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei).

Vielen Dank, dass Sie uns berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Jessica Frank

Dr. Jessica Frank

Bundesgeneralsekretärin

Geschäftsführerin im Landesvorstand Ba-Wü

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

jessica-frank@tierschutzpartei.de <<mailto:jessica-frank@tierschutzpartei.de>>

www.tierschutzpartei.de <<http://www.tierschutzpartei.de/>>

Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen. Europawahlen 2019

Wahlprüfsteine des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD)

Die diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament finden in einer Zeit zunehmender sozialer und politischer Polarisierung statt. Europäische Grundwerte wie Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit werden in Frage gestellt. Bei Minderheitenrechten und Menschenrechten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) weht ein starker Gegenwind.

Fortschritte bei der rechtlichen und politischen Situation von LSBTI werden in einigen Ländern mehr und mehr überschattet von Rückschritten in anderen Staaten. Stillstand macht sich breit und liefert den Nährboden für Gegenreaktionen und rückläufige Entwicklungen. In dieser Situation ist es umso wichtiger, Flagge zu zeigen und immer wieder aufs Neue die Menschenrechte von LSBTI zu schützen und zu stärken.

1. Umfassender EU-Aktionsplan für Gleichberechtigung von LSBTI

Noch immer gibt es in der EU keinen umfassenden Aktionsplan für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI). Dabei hat sich das EU-Parlament bereits 2014 mit Zweidrittelmehrheit für „einen umfassenden Fahrplan (roadmap) für Gleichberechtigung ohne Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität“ ausgesprochen.

Deutschland muss sich gegen Minderheitenfeindlichkeit und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität in Europa engagieren und die Kommission auffordern, dafür zu sorgen, dass ein umfassender Maßnahmenkatalog für die Gleichstellung und Gleichberechtigung von LSBTI umgesetzt wird.

Wie wird sich Ihre Partei dafür stark machen, dass die EU einen umfassenden Aktionsplan für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von LSBTI erhält?

Im Rahmen des EU-Rechts sind Lesben, Bisexuelle und Schwule derzeit nur im Bereich der Beschäftigung vor Diskriminierung wegen ihrer sexuellen Ausrichtung geschützt, Transsexuelle und Transgender-Personen nur, wenn die Diskriminierung wegen einer Geschlechtsangleichung erfolgt. Die EU-Grundrechtecharta verbietet jedoch auch die Diskriminierung aller Menschen aufgrund der sexuellen Ausrichtung.

Wir setzen uns explizit dafür ein, dass die Grundrechtecharta innerhalb der EU auf rechtlicher Ebene durch künftig verbindliche Gesetzestexte umfassend umgesetzt wird und Diskriminierung dementsprechend geahndet werden kann.

Welche Themen und Maßnahmen soll der Aktionsplan Ihrer Partei nach beinhalten?

Wir fordern einen EU-Maßnahmenkatalog, der untergliedert ist in die Bereiche Kinder, Jugend und Familien, Alter und Pflege, Menschen mit Behinderungen, Psychosoziale Beratung, Gesundheit, Geflüchtete, Migration, Kultur und Geschichte und Arbeit, sowie eine zentrale Koordinierungs- und Beschwerdestelle bei Verstößen der Mitgliedsstaaten.

2. Diskriminierungsschutz ausbauen

Der Diskriminierungsschutz auf EU-Ebene muss dringend ausgebaut werden. LSBTI werden in vielen europäischen Ländern weiterhin Rechte vorenthalten, die sie z. B. in Deutschland durch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz bereits haben. Die horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie ist immer noch nicht verabschiedet. Auch die Bundesregierung steht hier leider auf der Bremse.

Ungleichbehandlungen und Barrieren für LSBTI im Gesundheitssektor müssen ebenfalls abgebaut werden, etwa beim Zugang zu Behandlungs- und Vorbeugungsmaßnahmen.

Obwohl trans- und intergeschlechtliche Menschen häufig von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind, werden Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale nicht ausdrücklich als geschützte Merkmale in den europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien erwähnt. Das Merkmal Geschlechtsidentität fand bislang allein Eingang in die Asylrichtlinie (Qualifikationsrichtlinie) und die Richtlinie über den Schutz der Opfer von Straftaten.

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Schutz vor Diskriminierung für LSBTI in Europa gestärkt wird?

Zur EU-weiten Bekämpfung von Diskriminierung sowie der Homo- und Transphobie setzen wir uns u.a. für die finanzielle Förderung von Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen Schule und Jugendhilfe sowie multimedialer Akzeptanzkampagnen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein.

Auch fordern wir die verbindlich festgelegte Förderung der Erinnerungskultur innerhalb der EU, da die Verdienste homosexueller und transgeschlechtlicher Menschen, die sich in der Vergangenheit für mehr Akzeptanz eingesetzt haben, kaum bekannt sind, weil ihre sexuelle Identität wegen der strafrechtlichen Verfolgung und gesellschaftlichen Ausgrenzung tabuisiert wurde.

Wie wird sich Ihre Partei im Parlament für EU-weite Maßnahmen zum Abbau von bestehenden Diskriminierungen und Barrieren im Gesundheitssektor einsetzen?

Um einer Diskriminierung durch Abwertung von Homosexualität und Transsexualität weiter entgegen zu treten sowie mögliche massive psychische Spätfolgen zu verhindern, müssen sogenannte Umpolungs- und Konversionstherapien länderübergreifend verboten werden.

Auch benötigt es umfangreicher Aufklärungskampagnen für Familien, aber auch für Mediziner, um unnötige Genitaloperationen bei intergeschlechtlichen Kindern zu verhindern! Noch heute wird die Zweigeschlechtlichkeit bei Eltern und im Gesundheitswesen nicht anerkannt und Kindern mit einem vorzeitigen Eingriff das Recht auf Selbstbestimmung entzogen.

Eine mangelhafte Verankerung kultursensibler Perspektiven in der medizinischen Ausbildung führt noch immer zu stereotypen Vorstellungen und Abgrenzungsprozessen gegenüber homosexueller oder trans* Patient*innen, daher fordern wir, dass zur Entstigmatisierung EU-weit die soziosexuelle Gesundheitsversorgung in die Ausbildung von Ärzt*innen, Psycholog*innen und Psychotherapeut*innen integriert wird.

3. Rechte von trans- und intergeschlechtlichen Menschen gewährleisten

Trans- und intergeschlechtliche Menschen haben in einer Reihe von EU-Staaten kein verbrieftes Recht, über ihren Körper und ihr Geschlecht selbstbestimmt entscheiden zu können. Stattdessen werden sie pathologisiert und ihre Menschenrechte auf körperliche Unversehrtheit und Würde massiv verletzt.

So unternehmen Ärzte und Ärztinnen bis heute unnötige Genitaloperationen an intergeschlechtlichen Kindern. Für eine rechtliche Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität oder um Zugang zu notwendigen medizinischen Maßnahmen zu bekommen, müssen transgeschlechtliche Menschen in einigen EU-Staaten noch immer chirurgische Eingriffe vornehmen lassen oder entwürdigende Zwangsbegutachtungen durchlaufen.

Nach und nach erkennen immer mehr Länder an, dass es nicht nur den Personenstand „männlich“ oder „weiblich“ gibt. Es braucht aber – schon aus Gründen der Freizügigkeit – einen umfassenden rechtlichen Rahmen für Personen, die sich in diesen Optionen nicht wiederfinden.

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Menschenrechtsverletzungen an trans- und intergeschlechtlichen Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU endlich beendet werden?

s. Frage 8

Wie wird sich Ihre Partei für die rechtliche Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern einsetzen?

Die Geschlechteridentität ist nicht verhandelbar! Während etliche Staaten in der Anerkennung der Intersexualität als 3. Geschlecht voranschreiten, ist diese in den meisten Ländern – so auch innerhalb der EU –noch nicht angekommen.

Wir fordern eine EU-übergreifende und juristische Anerkennung der Intersexualität als eigenes Geschlecht.

4. Maßnahmen gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen ergreifen

LSBTI sind in den EU-Staaten auch Opfer menschenfeindlicher Gewalt. Es gibt keinerlei Rechtfertigung dafür, warum Gewalttaten gegen LSBTI anders behandelt werden sollten als solche aufgrund der ethnischen Herkunft. Doch die EU-Rechtssetzung gegen Hassverbrechen richtet sich bislang allein gegen Rassismus.

Wir brauchen dringend eine EU-weite Gesetzgebung gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen, in Anlehnung an den EU-Rahmenbeschluss gegen rassistische Gewalttaten. Zudem braucht es gewaltpräventive Maßnahmen.

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es eine EU-weite Rechtssetzung gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen geben wird?

Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität müssen umgehend integraler Bestandteil der Menschenrechte sein, dementsprechend in der Planung und Besetzung von Ausschüssen und Resolutionen behandelt sowie selbstredend in der Gesetzgebung berücksichtigt werden.

Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass homophobe und transfeindliche Gewalttaten in der EU in Zukunft wirksam und präventiv bekämpft werden?

Wir fordern eine gemeinsame EU-Erklärung gegen sexuelle Diskriminierung und die Erhebung nationaler Daten zu Hasskriminalität, einschließlich homophober und transfeindlich motivierter Straftaten in allen Mitgliedsstaaten, sowie eine länderübergreifende Vernetzung zur Erhebung von Statistiken und Strafverfolgung, auch über die Grenzen hinaus.

Weiterhin setzen wir uns für eine stärkere Förderung bereits vorhandener oder geplanter Programme für Präventivmaßnahmen und Opferberatungen ein.

Um eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung von Hassverbrechen auch im Internet zu gewährleisten, sollen Polizeibehörden hierzu spezielle Einheiten ausbilden.

Suchmaschinen, soziale Medien und App-Plattformen sollen verstärkte Massnahmen ergreifen, um homophobe und transfeindliche Hassreden zu bekämpfen.

5. Respekt in Schule und Alltag stärken

Mobbing und Diskriminierung sind auch an Schulen weit verbreitet, beeinträchtigen die Qualität der Ausbildung, wirken sich negativ auf die Betroffenen aus und können etwa zu einem frühen Schulabbruch führen. Die Kommission hat die Möglichkeit, durch EU-weite

Maßnahmen und Schulprogramme Mobbing und Diskriminierung an europäischen Schulen anzugehen.

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass an Schulen EU-weit Programme und Maßnahmen gegen Mobbing und auch gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale umgesetzt werden?

Wir fordern ein EU-weites Finanzierungskonzept für Anti-Mobbing- und Anti-Diskriminierungsprogramme an Schulen.

Weiterhin soll auch der Sexualekundeunterricht in den Schulen erweitert werden, um Kindern frühzeitig bewusst zu machen, dass mehr als nur zwei Geschlechter existieren und es kein Unterschied macht, ob man schwul, lesbisch, bi', trans' oder intergeschlechtlich ist. Mobbing und/oder Diskriminierungen aufgrund geschlechtlicher Merkmale ist durch verbindlich frühzeitige Aufklärung an Schulen zu verhindern.

Ebenso fordern wir Programme für die Eltern von LSBTI-Kindern sowie auch nicht LSBTI Kindern, um – falls notwendig - die Sichtweise der Eltern bezüglich unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten zu erweitern. Häufig wird die Sichtweise der Eltern auf die Kinder übertragen. Dies gilt es durch gezielt geförderte Aufklärungskampagnen zu verhindern.

6. Vielfalt der Familienformen europaweit anerkennen

In vielen EU-Staaten gibt es die Ehe oder die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Ein großes Problem für die Freizügigkeit in der EU ist es aber, dass eingetragene Partnerschaften oder verheiratete gleichgeschlechtliche Paare in der Regel in den EU-Ländern nicht anerkannt werden, die diese Rechtsformen selbst nicht im nationalen Rechts verankert haben.

Die betroffenen Paare erleiden bei einem etwaigen Umzug gravierende Rechtsverluste. Ähnliches gilt für transgeschlechtliche Eltern. Die Kommission muss sich dafür einsetzen, dass Ehen, eingetragene Partnerschaften und elterliche Rechte von LSBTI, die sich in EU-Staaten ohne Ehe für alle oder eingetragene Partnerschaft niederlassen, auch dort anerkannt werden.

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU rechtliche Lücken in der Frage der Freizügigkeit und gegenseitigen Anerkennung von Familien mit gleichgeschlechtlichen bzw. transgeschlechtlichen Eltern schließt?

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und eine längst überfällige und umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie auf EU-Ebene ein. Die gegenseitige Anerkennung und Freizügigkeit muss innerhalb der Union über das Gleichbehandlungsgesetz lückenlos geschlossen werden. LGBT-feindliche Regierungen, die sich gegen die Verabschiedung von EU-Verordnungen zum Schutz und zur Gleichstellung von Menschen stellen und dieses somit blockieren, müssen aufgrund der Missachtung der gemeinsamen Werte der Union und der Grundrechte ihrer Mitbürger abgemahnt werden.

7. LSBTI-Asylsuchende schützen

Das EU-Asylrecht ist klar in Bezug auf die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität. Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass LSBTI als verfolgte soziale Gruppe im Sinne der

Genfer Konvention anerkannt werden müssen. Er führte aus, dass von LSBTI-Asylsuchenden nicht erwartet werden kann, ihre Identität im Herkunftsland geheim zu halten oder sich beim Ausleben zurückzuhalten, um Verfolgung zu vermeiden. Trotzdem lehnen Asylbehörden in Europa weiterhin regelmäßig Asylanträge von LSBTI ab, obwohl sie aus Ländern kommen, in denen Homosexualität strafrechtlich verboten ist oder Repression aufgrund der Geschlechtsidentität stattfindet.

Zum einen muss sichergestellt werden, dass die EU-Mitgliedstaaten die existierenden europäischen Regeln und Standards umsetzen und auch z.B. ihr Personal im Umgang mit LSBTI-Flüchtlingen schulen. Zum anderen müssen die Bedürfnisse von LSBTI-Flüchtlingen bei der anstehenden Weiterentwicklung des europäischen Flüchtlingsrechts berücksichtigt werden.

Wie wird sich Ihre Partei gegenüber Rat, Kommission und Parlament dafür einsetzen, dass LSBTI legale und sichere Wege der Flucht in die EU offenstehen, und sie nicht in Verfolgerländern wie beispielsweise Marokko oder Libyen festsitzen, wo ihnen Gewalt und Ausbeutung drohen?

Wir fordern ein sofortiges Übereinkommen über das Anlegen von Schiffen, die gerettete Menschen an Bord haben, das Garantien gegen die automatische Inhaftierung der Geretteten enthält und gewährleistet, dass die Menschen in sichere Häfen innerhalb der EU gebracht werden. Dies ist notwendig, um Rettungsoperationen sowohl von nichtstaatlichen Organisationen als auch von Handelsschiffen im Mittelmeer dauerhaft abzusichern.

Alle Mitgliedsstaaten müssen verpflichtet werden dafür Sorge zu tragen, dass es für LSBTI in ihren Botschaften zügig und unbürokratisch möglich ist, Schutz zu finden und Asylanträge zu stellen.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass homo- und bisexuelle Personen in der Regel einen Schutzstatus erhalten, wenn sie aus Ländern fliehen, in denen gleichgeschlechtliche Handlungen mit Haft- oder gar Todesstrafe bedroht sind?

Wir fordern die Sicherstellung des völkerrechtlich verbrieften Zugangs für alle Schutzsuchenden zum individuellen Asylrecht in Europa.

Ebenso fordern wir, dass alle individuellen Aspekte der Fluchtursachen verbindlich und EU-weit bei Anhörungen berücksichtigt werden, zum Beispiel durch sogenannte Clearing-Verfahren zu Beginn eines Asylprozesses, wo die psychische Situation, aber eben auch die LSBTI-Zugehörigkeit bereits ganz am Anfang erfasst werden. Um eine kompetente Einstufung vornehmen zu können, müssen Schulungs- und Sensibilisierungsprogramme für Behördenmitarbeiter*innen und Entscheidungsträger*innen in allen Mitgliedsstaaten gefördert werden.

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die EU die Umsetzung der europaweit festgelegten Bestimmungen zum Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen wie LSBTI verstärkt kontrolliert?

Es ist Aufgabe der EU, die Sicherung und Qualifizierung sowie die Kontrolle der Umsetzung und Einhaltung der geltenden Richtlinien zum zu gewährenden Schutzstatus zu koordinieren. Hierzu fordern wir, dass die Mitgliedsstaaten über ein zentral vernetztes System die Erhebung von Daten über gewährte und abgelehnte Asylanträge von besonders schutzbedürftigen Personen verpflichtend dokumentieren.

Weiterhin fordern wir die Einrichtung einer zentralen Beschwerdestelle, um mögliche Verstöße durch Mitgliedsstaaten umgehend gerichtlich prüfen zu können.

Ausserdem fordern wir die sofortige Aufhebung des sogenannten Flüchtlingsabkommens mit der Türkei und sprechen uns konsequent gegen weitere Abkommen mit Ländern aus, in denen der Schutz vor Hassverbrechen aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität nicht in die Gesetzgebung gegen Hassverbrechen mit einbezogen sind.

8. Menschenrechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen verteidigen

Viele Staaten dieser Welt missachten die Menschenrechte von LSBTI, ihnen drohen Haft, Folter oder Todesstrafe. Auch in EU-Mitgliedsstaaten oder Beitrittskandidaten kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, zu Versammlungsverboten oder Übergriffen der Polizeiorgane.

Die EU verfügt in ihren Außenbeziehungen bereits über Handlungsempfehlungen und Leitlinien, die die Botschaften verpflichten, sich für den Schutz von LSBTI und ihren Menschenrechten weltweit einzusetzen. Dennoch werden sie von vielen Stellen missachtet.

*Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass die Menschenrechte von LSBTI in aller Welt geschützt und LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit gestärkt werden?*

Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht geduldet werden. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wird ihnen entschieden entgegenzutreten.

Wir möchten LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen und Hilfsorganisationen mehr Gehör verschaffen, ihre Einflussmöglichkeiten stärken sowie ihnen Fördermittel zur Verfügung stellen. Zudem werden wir nachdrücklich auf die Einhaltung der Handlungsempfehlungen und Leitlinien bestehen.

9. Mit gutem Beispiel vorangehen

Mitglieder der Kommission und des Parlaments sollten mit gutem Beispiel vorangehen, wenn es darum geht, Diskriminierung zu bekämpfen und die Menschenrechte von LSBTI zu stärken. So sollten ein Einsatz für Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von LSBTI Kriterium bei der Ernennung von Mitgliedern der EU-Kommission sein. Diese sollten sich für ihre Amtszeit verpflichten, einen umfassenden Aktionsplan für die Gleichberechtigung von LSBTI umzusetzen. Parteien sollten sich verpflichten, nicht mit Parteien oder Fraktionen zusammenzuarbeiten, die LSBTI diskriminieren und deren Menschenrechte verletzen.

Wie wird sich Ihre Partei aktiv und sichtbar für Menschenrechte, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von LSBTI im Parlament einsetzen?

Wir berufen uns auf unser Parteiprogramm und unsere Werte.

Auch positionieren wir uns stets offen gegen jede Art von Diskriminierung.

Parteien und Personen, die Minderheiten diskriminieren, ziehen wir für eine Zusammenarbeit nicht in Betracht und lehnen eine solche konsequent und entschlossen ab. Wenn Parteien, Fraktionen oder Abgeordnete sich diskriminierend äußern oder gar gegen eine Gleichberechtigung handeln, werden wir das sowohl innerhalb des EU-Parlaments als auch öffentlich anprangern und auf die Einhaltung sowie den Ausbau der Rechte von LSBTI bestehen.